

„Europa muss aufstehen und sagen: Wir sind damit nicht einverstanden, so darf es nicht weitergehen!“ (Kujat)

Bundeskanzlerin Merkel dagegen behauptet in ihrer Rede auf der Sicherheitskonferenz in München, die Kündigung durch die USA sei **„unabwendbar gewesen“**, **„nach jahrelangen Verletzungen dieser Vertragsbedingungen durch Russland“**. Dies ist aber nach Ansicht von Fachleuten keineswegs bewiesen, auch die Vorwürfe der russischen Seite an die Adresse der USA seien nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Dazu unten mehr. Kujat jedenfalls schlägt einen sehr naheliegenden Weg vor: im INF – Vertrag von 1987 sei auch ein „Inspektionsregime“ enthalten gewesen, in dem genaue Verfahren festlegt waren, wie beide Seiten die jeweils andere kontrollieren konnten. Als dann die Raketen beider Seiten zerstört gewesen seien, sei dieses Regime ausgelaufen. Man müsse es nun einfach „reaktivieren und an die neuen Bedingungen anpassen“; dann könnten auch Vor-Ort-Inspektionen der russischen Marschflugkörper durchgeführt werden, ebenso müsse natürlich den Russen die Möglichkeit gegeben werden, ihre „Bedenken“ gegen die Raketenabwehrsysteme der USA in Osteuropa vor Ort zu überprüfen.

Wären die USA und Russland dazu bereit, Kujats Vorschlag anzunehmen?

Die FAZ hat in einem Grundsatzartikel („Bewusst getäuscht?“, 31.1.2019) den Streit zwischen beiden Staaten unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht, kommt allerdings zu dem Schluss, dass „Washington inzwischen selbst Offerten ablehnt, die durchaus sinnvoll sein könnten“; so sei etwa in der 6. Kalenderwoche in Genf ein russisches Angebot, amerikanischen Fachleuten Datenaustausch und eine Vor-Ort-Inspektion der SSC-8 zu ermöglichen, von den USA abgelehnt worden mit dem Hinweis, dies Angebot sei unzureichend. Der politische Wille fehlt also. Genau dies dürfte der Hintergrund dafür sein, dass Kujat Druck von Seiten der Bundesregierung und der Europäer für zwingend notwendig hält, um den Vertrag zu retten.

Bisher verharnt die Bundesregierung in Vasallentreue

Derzeit fällt allerdings die Bundesregierung durch das glatte Gegenteil auf. Für sie ist von vornherein klar, dass Russland den INF-Vertrag verletzt, während die USA dies nicht tun. So einfach ist es aber keineswegs. Zu den angeblichen russischen Verstößen gibt es keinerlei veröffentlichte Beweise; es wird lediglich von Informanten aus höchsten Geheimdienstkreisen der USA gemunkelt, denen man glauben kann

oder nicht (wobei bisherige Erfahrungen eher skeptisch stimmen). Wolfgang Richter, ehemaliger Bundeswehroffizier und heute in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) tätig, hält das jedenfalls für unzureichend. Nach seiner Einschätzung sind die Möglichkeiten, die strittigen Fragen zu klären, überhaupt nicht ausgeschöpft. Auch er fordert gegenseitige Kontrollen, technischen Datenaustausch (u.a. von Satellitenbildern), gemeinsame Beobachtungsflüge und auch Vor-Ort-Inspektionen.

Auch zu den angeblichen amerikanischen Verstößen in Gestalt der Raketenabwehrsysteme in Rumänien und bald auch in Polen gibt es durchaus eine ganze Zahl von Indizien, die neutrale Fachleute dazu bringen, zumindest nicht auszuschließen, dass bei kleinen Veränderungen (z.B. der Software) diese Abschussvorrichtungen gegen den INF-Vertrag verstoßen könnten. Denn es handelt sich bei den Senkrechtstartanlagen des Typs Mk-41 um Systeme, die auch auf amerikanischen Schiffen verwendet werden; die dort eingesetzten Marschflugkörper „Tomahawk“ sind atomar bestückbar, verfügen über eine Reichweite von 2500 Kilometern und könnten grundsätzlich auch von den Raketenabwehrsystemen abgefeuert werden. Der Münchner Raketenforscher Markus Schiller hält es sogar für möglich, die Flugabwehrraketen von diesen Abschussrampen offensiv einzusetzen, wenn sie auf einer schrägen, ballistischen Bahn (statt senkrecht) abgeschossen würden (alle Informationen aus FAZ, s.o.).

Ohne Druck von unten lässt sich der INF – Vertrag nicht retten

Natürlich kann man in dieser ungeklärten Informationslage einfach der Trump-Regierung glauben; so wie manche an die Massenvernichtungswaffen im Irak 2003 oder an die Brutkastengeschichte (Kuweit 1991) geglaubt haben. Den eigenen europäischen Interessen entspricht das offenbar nicht. Die erfordern es tatsächlich, dem Vorschlag Harald Kujats zu folgen und hartnäckig für das Inspektionsregime zu kämpfen. Wenn man aber wie die Bundesregierung so tut, als sei alles geklärt und als seien wie immer die Russen schuld, dann bleibt es bei den genannten leeren allgemeinen Appellen. Praktische Schritte können offenbar nur durch Druck von unten erreicht werden, so schwer der auch zu erwirken sein mag.

Ein Trost: auch die gewaltige Bewegung gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen 1982 entstand aus kleinen Anfängen und baute sich über mehrere Jahre lang auf.

Und selbst diese Bewegung war nicht sofort erfolgreich, denn Stationierung der Raketen konnte zunächst nicht verhindert werden. Aber auf Dauer hatte sie doch ihre Wirkung!